



JA zur Altersvorsorge 2020

Soziale Sicherheit für alle – auch für MigrantInnen

Der Angriff auf das Rentensystem in der Schweiz konnte bisher dank dem gemeinsamen Einsatz von uns allen abgewehrt werden. Trotz zunächst kontroversen Diskussionen innerhalb der Linken und einer Angstkampagne von Seiten der Bürgerlichen stimmte das Parlament dem Ständeratsvorschlag zu. Drohende Kürzungen bei den Witwenrenten, Verschlechterungen bei den Waisenrenten und die Streichung der AHV-Kinderrenten konnten so vermieden werden. Die Frauen bezahlen mit der Rentenaltererhöhung leider einen unbestritten hohen Preis. Dem steht gegenüber, dass Frauen von der allgemeinen AHV-Rentenerhöhung und dem verbesserten Zugang zum BVG für Teilzeitbeschäftigte besonders stark profitieren. Verbessert wird auch die Stellung der älteren Arbeitslosen: mit der Reform bleiben Arbeitslose, die mit 58 Jahren ihre Stelle verlieren, in der bisherigen Pensionskasse versichert und verlieren den Anspruch auf ihre Rente nicht.

Die AHV ist für Viele in der Schweiz die wichtigste soziale Versicherung. Mit der Reform werden die AHV-Renten zum ersten Mal seit 20 Jahren erhöht. Damit verbessert sich die Altersvorsorge von allen. Am meisten gewinnen jene, für welche die AHV im Alter die wichtigste Einkommensquelle ist. Dazu gehören besonders viele Versicherte mit Migrationshintergrund, mit oder ohne Schweizer Pass. Auch sie alle haben das Recht auf Rentenleistungen und ein würdiges Leben im Alter.

Insgesamt ist die Rentenreform positiv und erfüllt unsere sozialdemokratischen Forderungen. Wir SP MigrantInnen setzen uns deshalb in der Abstimmung vom 24. September 2017 für ein JA zur Finanzierung ein (Mehrwertsteuer-Prozente an die AHV, obligatorische Abstimmung) und – sofern das Referendum zustande kommt – auch für ein JA zum eigentlichen Reformpaket (fakultative Abstimmung).

Die Jahresversammlung der SP MigrantInnen ruft alle ihre Mitglieder und Sympathisierenden dazu auf, sich allen für eine umfassende Information und für ein JA zur Vorlage einzusetzen. Würde die Vorlage scheitern, so würde dies nur die bürgerlichen Gegner stärken – all jene, die das solidarische System der AHV seit Jahren attackieren, es finanziell abschnüren und das Rentenalter für alle auf 67 Jahre und mehr anheben wollen.

Gleichzeitig weisen wir SP MigrantInnen darauf hin, wie wichtig es für Versicherte mit Migrationshintergrund ist, dass sich die Altersvorsorge am Grundsatz der Gleichbehandlung orientiert. Es darf keine Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsort geben. Versicherte mit Migrationshintergrund sollen namentlich auch nach einer allfälligen Rückkehr ins Herkunftsland oder einen anderen Land weiterhin mit den vollen Leistungen rechnen können. Deshalb setzen wir SP MigrantInnen uns dafür ein, dass die Renten weiterhin ins Herkunftsland oder ein anderes Drittland exportierbar sind.

Diese Exportierbarkeit war in den letzten Jahren namentlich für Staatsangehörige aus Kosovo nicht mehr gegeben. Die SP MigrantInnen fordern die sofortige Wiedieranwendung des Abkommens mit dem früheren Jugoslawien für Staatsangehörige aus Kosovo. Aufgrund der Nicht-Weiteranwendung konnten sie in ihrem Heimatland seit dem 1. April 2010 keine AHV und IV-Leistungen mehr beziehen. Viele Migrant/innen aus Kosovo haben in der Schweiz teilweise während Jahrzehnten oft ausgesprochen anstrengende körperliche und anderweitig gesundheitlich belastende Arbeit im Baugewerbe, der Landwirtschaft, der Industrie und der Hotellerie verrichtet und ihre Versicherungsbeiträge stets bezahlt. Dennoch konnten sie sich aufgrund des vertragslosen Zustandes bei der Rückkehr während mehr als sieben Jahren nur noch ihre Beiträge zurückzahlen lassen und wurden von jeglichen Ansprüchen ausgeschlossen. Dies führte zu vielen sozialen Härtefällen und ist unannehmbar.